



NEWSLETTER

# NORD|SÜD *news* I/2018



Foto: UN Women / Kristina Godfrey / flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Klarer Auftrag: Frauen demonstrieren in Jamaika gegen geschlechterspezifische Gewalt. Im Juni beschäftigt sich damit nun die Internationale Arbeitskonferenz in Genf

## Gewalt in der Arbeitswelt

# Ein neues ILO-Übereinkommen muss dringend her

**Mehr als eine Milliarde Menschen werden jährlich im Rahmen ihrer Arbeit sexuell belästigt, geschlagen, gedemütigt oder vergewaltigt. Bisher fehlt im internationalen Recht ein Instrument, das alle Länder verpflichtet, diese Gewalt zu verhindern. Die Internationale Arbeitskonferenz hat die Chance, das jetzt zu ändern.**

Ruth mochte kaum noch zu ihrer Arbeit in der Thunfischfabrik gehen. Immer wenn sich die Arbeiterin über das Fließband beugte, konnte es passieren, dass sich ein männlicher Kollege hinter sie drängte und an ihr rieb. Der Chef lachte nur über ihre Beschwerden und fragte, ob sie ihren Job behalten wolle oder nicht. Ruths Heimat

Papua Neu Guinea gehört zu den 45 Ländern weltweit, die kein Gesetz gegen sexuelle Belästigung kennen. Aber hätte es etwas geändert, wenn es eins gäbe? Ivie etwa nützte die bessere Rechtslage gar nichts. Ihr Vorgesetzter vergewaltigte die Verkäuferin hinter seinem Laden. Ein Verbrechen, auf das in Südafrika hohe Strafen stehen. Doch als Ivie den Mann anzeigte, erklärten die Polizisten, sie könnten ihn nicht festnehmen, weil er dann die Firma schließen würde und in der strukturschwachen Region Arbeitsplätze verloren gingen.

Das sind nur zwei von tausenden Fällen, die bei der Internationalen Arbeitsorganisation, der ILO, dokumentiert sind. Manches sind Einzelbeispiele,

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Gewalt in der Arbeitswelt

- | Ein neues ILO-Übereinkommen muss dringend her ..... S. 1f
- | Kommentar: Wir brauchen ein „Null-Toleranz-Signal“ ..... S. 3
- | Brasilien: „Auch Rassismus spielt eine Rolle“ ..... S. 4
- | Pakistan: Jede Beschwerde in sechzig Tagen bearbeitet ..... S. 5
- | Uganda: „Frauen knien nieder und preisen den Präsidenten“ ..... S. 6

#### Aus den Projekten

- | „Ich bin so froh, dass wir noch dabei sind“ ..... S. 7

#### In Kürze

- | Armut trotz Arbeit; Masterstipendium für Gewerkschafter\_innen; Mehr Umweltschutz und Gute Arbeit; #itsourtime; Filmtipp: Eldorado ..... S. 8

Fortsetzung von Seite 1

meist aber zeigen sich Muster. „Wird eine Frau bei der Arbeit belästigt, gedemütigt und angegriffen, ist das gesamte Konzept menschenwürdige Arbeit für alle gefährdet“, sagt ILO-Generalsekretär Guy Ryder. Menschenwürdige Arbeit ist das Kernthema der UN-Sonderorganisation, in der Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammen arbeiten.

189 Übereinkommen, sogenannte Arbeits- und Sozialstandards, hat die ILO schon verabschiedet und darüber hinaus noch etliche Empfehlungen formuliert. Die Konventionen reichen vom Verbot der schlimmsten Formen von Kinder- und von Zwangsarbeit über Mindestlöhne bis zu Regeln für die Arbeitsbedingungen von Seeleuten oder Hausangestellten.



Foto: Fish Ip/IDWF/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Oft sind die Rechte der Opfer nicht bekannt, darum sind Seminare essenziell – Workshop für Hausangestellte in Indien von Internationalem Gewerkschaftsbund und der International Workers Federation

Nun könnte ein neuer Standard hinzukommen. Nachdem der ILO-Verwaltungsrat im November 2015 auf Drängen der Gewerkschaften das Thema geschlechtsspezifische Gewalt in der Arbeitswelt auf die Agenda gesetzt hat, waren alle Mitglieder aufgerufen, an einem Report mitzuarbeiten. Zu den ersten Ergebnissen gehörte die Erkenntnis, dass es im internationalen Recht nichts gibt, das Gewalt am Arbeitsplatz grundsätzlich, – weltweit und für alle Gruppen und Branchen – verbietet.

Auch in den ILO-Konventionen kommt das Thema zwar immer mal wieder vor, aber immer nur in Bezug auf einzelne Gruppen wie etwa Kinder in Zwangsarbeit oder Hausangestellte. „Wir brauchen eine klare Definition – und zwar sowohl davon, was Gewalt und sexuelle Belästigung ist, als auch, was ‚Arbeitswelt‘“ bedeutet“, sagt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Nach Meinung der Gewerkschaften gehören zur Arbeitswelt auch Arbeitsweg und private Umgebung – wenn nämlich häusliche Gewalt dazu führt, dass Opfer ihrer Arbeit nicht mehr nachkommen können.

Wie die Definition der ILO aussieht – wenn es denn zu einer neuen Konvention oder Empfehlung kommt –, entscheidet sich in diesem Juni. Dann treffen sich Vertreter\_innen von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Internationalen Arbeitskonferenz in Genf zur Diskussion und Abstimmung. Die Gewerkschaften fordern eine Konvention. Denn diese würde alle Länder, die sie ratifizieren, verpflichten, Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt und sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz zu ergreifen. „Eine Empfehlung allein wäre zu wenig“, sagt Christina Stockfisch, die in der Abteilung Frauen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für internationale Gleichstellungspolitik zuständig ist. „Sie wäre nur sinnvoll, wenn sie zusätzlich zur Konvention kommt und diese konkretisiert.“

Um die Regierungen mit ins Boot zu holen und die notwendige Zweidrittelmehrheit auf der Konferenz zu erreichen, setzen die Gewerkschaften auf Überzeugungsarbeit bis zur letzten Minute. Die Bundesfrauenkonferenz des DGB hat im November einen umfassenden Antrag „Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der internationalen Politik“ verabschiedet, dessen Kern die ILO-Konvention ist. Mitte Mai soll ihn der DGB Bundeskongress übernehmen. Der Internationale Gewerkschaftsbund koordiniert die weltweite Kampagne „Stop Violence at work“.

Die Vehemenz ist nachvollziehbar, wenn man die Dimension der Gewalt betrachtet. 818 Millionen Frauen und Mädchen über 15 Jahren werden nach Angaben der Vereinten Nationen jährlich attackiert. Auch Lesben, Schwule und Transleute gehören zu den häufigeren Opfern sexualisierter Gewalt. Insgesamt werden jedes Jahr deutlich mehr als eine Milliarde Arbeiter\_innen und Angestellte psychisch traktiert, sexuell belästigt, erniedrigt, geschlagen, zum Geschlechtsverkehr gezwungen – von Auftraggebern, Vorgesetzten, Kollegen, Kunden.

Besonders gefährdet sind Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Traditionell sind das Hausangestellte oder Beschäftigte in der Land- oder Schattenwirtschaft, zunehmend aber auch Menschen in all den anderen Bereichen, in denen Normalbeschäftigungsverhältnisse rapide abnehmen. Ökonomische Abhängigkeit und Armut verschärfen die Verletzlichkeit.

Aber eigentlich ist keine Branche sicher und auch kein Land. Schwedische Gewerkschaften berichten über sexuelle Übergriffe in der Hotellerie, die auch schon mal mit dem Motto „Der Gast ist immer König“ begründet werden. In Brasilien kämpfen Bankkauffrauen gegen Sexismus und Belästigungen, in Bulgarien, Indien und Uganda Busfahrerinnen und andere Transportarbeiterinnen gegen eine Vergewaltigungskultur.

---


*Besonders gefährdet, Opfer sexueller Gewalt zu werden, sind Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Aber eigentlich ist keine Branche sicher und auch kein Land.*

---

Oft können die Opfer allein es sich nicht leisten, ihre Rechte einzufordern – sofern sie diese kennen. Hier können Gewerkschaften ansetzen. Sie unterstützen betroffene Beschäftigte, versuchen aber auch, mit Seminaren, Schulungen und Kampagnen auf das Problem aufmerksam zu machen und ein Bewusstsein für solche Verstöße gegen die Menschenrechte zu schaffen. So bildet das DGB Bildungswerk BUND beispielsweise mit lokalen Partnern in den Philippinen Gewerkschafterinnen aus, die migrierte Hausangestellte in Hongkong oder Malaysia organisieren und unterstützen sollen. Und die argentinische Dienstleistungsgewerkschaft CICOP hat in ihren Tarifverträgen festgelegt, wie Pflegekräfte vor Gewalt von Kolleg\_innen und Patient\_innen zu schützen sind.

„Die Existenz von starken Gewerkschaften, von Rahmenabkommen und Kollektivverträgen ist ein starkes Instrument im Kampf gegen Gewalt in der Arbeitswelt“, sagt IGB-Generalsekretärin Burrow. „Die Unterstützung durch ein starkes internationales Rechtsinstrument, ist essenziell.“

Beate Willms

 Mehr Infos: [www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_553577.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_553577.pdf)

<http://frauen.dgb.de/themen/++co++9a4744b8-acd1-11e7-8395-525400e5a74a>



# Wir brauchen ein „Null-Toleranz-Signal“

**Eine ILO-Konvention zu geschlechtsspezifischer Gewalt am Arbeitsplatz ist ein entscheidender Schritt, Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen Frauen (und Männern) zu verbessern – auch in Deutschland.**

Die #MeToo-Debatte hat das Thema sexuelle Belästigung in den öffentlichen Fokus gerückt – hierzulande und weltweit. Die Diskussion in den sozialen Medien zeigt, wie sehr es die Menschen bewegt – und wirft Fragen auf, wie wir uns vor Übergriffen und Gewalt schützen können.

Geschlechtsspezifische Gewalt gehört zu den am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen der Welt. Rund 35 Prozent aller Frauen über 15 Jahren – 818 Millionen – haben unter physischer und/oder sexueller Gewalt zu leiden, zwischen 40 und 50 Prozent von ihnen sind unerwünschten Annäherungsversuchen, körperlichen Kontakten oder anderen Formen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ausgesetzt.

*Geschlechtsspezifische Gewalt gehört zu den am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen der Welt.*

Besonders spürbar ist das in zahlreichen Produktionsländern unserer Kleidung. Wer morgens die Jacke anzieht, weiß nicht, unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurde. Europäische Unternehmen müssen also besonders darauf

achten, dass auch ihre Lieferanten keine Gewalt am Arbeitsplatz dulden. Der DGB engagiert sich dafür im „Bündnis für nachhaltige Textilien“. Das Ziel: Die Firmen sollen Verantwortung für ihr unternehmerisches Handeln jenseits ihrer Landesgrenzen übernehmen, egal ob in Rumänien oder Bangladesch.

Das Problem besteht aber in jeder Branche. Deshalb brauchen wir verbindliche Normen und Standards, die geschlechtsspezifische Gewalt weltweit sanktionieren, Opfer schützen und Täter bestrafen. Bisher gibt es zwar das 1979 von der UN verabschiedete Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, doch noch kein internationales Gesetz, das Maßnahmen gegen Gewalt am Arbeitsplatz vorschreibt. Spätestens #MeToo zeigt, dass hier dringend etwas passieren muss.

Wir brauchen einen weltweit anerkannten Arbeits- und Sozialstandard, der verbindliche Mindeststandards regelt und klare Grenzen setzt. Deshalb muss die Bundesregierung die geplante Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO, gegen geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz unterstützen.

Ein solches globales Übereinkommen mit Empfehlungen zur Umsetzung in den Nationalstaaten würde nachhaltig zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten beitragen – und zudem endlich eine international gültige Definition von Gewalt und sexueller Belästigung festlegen. Das würde es betroffenen Frauen (und Männern) erleichtern, sich zu wehren, und bei den Verantwortlichen für die Arbeits-

bedingungen für Klarheit sorgen, wo sie aktiv werden müssen. Gegen Gewalt am Arbeitsplatz brauchen wir ein weltweit verbindliches „Null-Toleranz“-Signal.


*Ein solches globales Übereinkommen würde endlich eine international gültige Definition von Gewalt und sexueller Belästigung festlegen.*


Im Übrigen ist auch in Deutschland bei weitem nicht alles „gut geregelt“. #Metro zeigt, dass auch hierzulande Defizite bestehen. Obwohl das Thema sexuelle Belästigung seit Jahrzehnten auf der gewerkschaftlichen Agenda steht, ist es auf betrieblicher Ebene noch viel zu oft ein Tabu. Präventives Handeln im Betrieb ist aber wichtig – und dabei sind die Arbeitgeber gefordert. Nur jeder vierte hat bisher eine Betriebsvereinbarung dazu abgeschlossen, die gesetzlich vorgeschriebenen betrieblichen Beschwerdestellen gibt es nur sporadisch.

Nicht zuletzt macht auch häusliche Gewalt uns als Gewerkschaften Sorge. In Deutschland wurden 2015 laut einer Studie des Bundeskriminalamtes fast 130.000 Personen Opfer von Mord und Totschlag, Körperverletzungen, Vergewaltigung, sexueller Nötigung, Bedrohung oder Stalking durch Partner\_innen oder Ex-Partner\_innen, 80 Prozent davon Frauen. Was dabei in der Öffentlichkeit meist unbeachtet bleibt: Solche Delikte haben erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt, wenn gewalttätige Partner\_innen ihr Opfer bis in den Betrieb verfolgen, wenn betroffene Kolleg\_innen psychisch so belastet sind, dass sie sich auf ihren Job nicht mehr konzentrieren können.

Die geplante ILO-Konvention würde auch diesen Link von häuslicher Gewalt und der Arbeitswelt mit in den Fokus setzen. Ein Grund mehr für Gewerkschaften, sie zu unterstützen. Denn: Frei von geschlechtsspezifischer Gewalt dem Beruf nachgehen zu können, ist für uns Grundvoraussetzung Guter Arbeit, wie Gewerkschaften sie gestalten wollen.

Christina Stockfisch

 Christina Stockfisch ist in der Abteilung Frauen des DGB-Bundesvorstandes verantwortlich für europäische und internationale Gleichstellungspolitik.

 Mehr Infos: [www.nord-sued-netz.de/news/dgb-frauen-machen-internationalen-aufschlag-bundesfrauenkonferenz-will-geschlechterperspektive-](http://www.nord-sued-netz.de/news/dgb-frauen-machen-internationalen-aufschlag-bundesfrauenkonferenz-will-geschlechterperspektive-)

[www.textilbueundnis.com](http://www.textilbueundnis.com)



Foto: Solidarity Center / flickr, CC BY 2.0

Das Textilbündnis, dem auch der DGB angehört, engagiert sich für bessere Bedingungen in den Herstellungsländern





## „Auch Rassismus spielt eine Rolle“

**Geschlechtsspezifische Gewalt beschränkt sich nicht auf prekäre Branchen. Auch Bankangestellte erleben Übergriffe. Unabänderbar sei das nicht, sagt Gewerkschafterin Neiva Ribeiro. Erste Erfolge kann sie schon verzeichnen.**

„Es ist doch absurd: In Banken wird so sehr auf formale, korrekte Kleidung geachtet. Um aber ein Girokonto in der Werbung anzupreisen, nehmen sie eine junge Frau in knappem Bikini“, Neiva Ribeiro ist wütend. „Auch das ist eine Form von Gewalt, der Körper der Frau wird benutzt.“

Geschlechtergleichheit und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz stehen ganz oben auf der Agenda von Ribeiro, der Direktorin der Gewerkschaft der Bankangestellten von São Paulo und Region. Sie unterstützt Kampagnen und Protestaktionen, die das Thema in die brasilianische Öffentlichkeit tragen. Immer werde argumentiert, Gewalt gegen Frauen sei kulturell bedingt, also quasi unabänderbar, erklärt die streitbare Gewerkschafterin und hält dagegen: „Wir sind anderer Meinung. Sexuelle Belästigungen, Bullying und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung müssen auch und gerade am Arbeitsplatz bekämpft werden.“

Deshalb beteiligen sich die Bankgewerkschafter\_innen in Brasilien auch an Protesten wie den „16 Aktionstagen gegen Geschlechtergewalt“, die weltweit jährlich am Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen, dem 25. November, beginnen. Die Kampagne mobilisiert tausende Aktivist\_innen in bis zu 160 Ländern. Der internationale Verbund der Dienstleistungsgewerk-

schaften, UNI Global Union, ist einer der Organisatoren. Jeder Aktionstag ist einem Gebot gewidmet. Dazu zählen die Verpflichtungen, bei Gewalt gegen Frauen niemals wegzuschauen, niemals Frauen die Schuld an Übergriffen zu geben und sich bewusst zu machen, dass sexuelle Gewalt nicht immer körperliche Gewalt ist.



Foto © CUT

Mit Stimme und Wahl der Frauen gegen Gewalt

Die Gewaltstatistik in Brasilien ist erschreckend: Nach offiziellen Zahlen wurde 2015 alle 11 Minuten eine Frau vergewaltigt. Geschätzt werden nur 10 Prozent aller Fälle angezeigt. Fast die Hälfte aller Brasilianerinnen über 16 Jahren hat schon sexuelle Belästigung erfahren. Und geschlechtsspezifische Gewalt trifft nicht nur Frauen, 343 Menschen der LGBT-Gemeinde, also Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transleute, wurden 2016 wegen ihrer sexuellen Orientierung ermordet.

„Viele Übergriffe und vor allem Schikanen am Arbeitsplatz sind in Brasilien rassistisch bedingt“, sagt Gewerkschaftsdirektorin Ribeiro. Deshalb beginnt die jährliche Anti-Gewalt-Kampagne in Brasilien immer fünf Tage früher als die internationale: Am 20. November feiert man hier den „Dia da Consciência Negra“, den Tag des Schwarzen Bewusstseins. In Seminaren zu Geschlechtergerechtigkeit thematisiert die Gewerkschaft auch immer die ungleiche Behandlung von Schwarzen und Weißen. Schon die Tatsache, dass im Bankensektor nur 20 Prozent Schwarze – womit diejenigen gemeint sind, die sich im Zensus selbst als Afrobrasilianer oder de-

„Viele Übergriffe und vor allem Schikanen am Arbeitsplatz sind in Brasilien rassistisch bedingt.“

ren Nachfahren bezeichnen – tätig sind, obwohl sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, zeige deren Diskriminierung, argumentiert Ribeiro. Zudem sind schwarze Frauen mit 60 Prozent aller angezeigten Fälle besonders von sexueller Gewalt betroffen.

Für UNI Global Union ist Gewalt gegen Frauen ein Verstoß gegen die Menschenrechte und ein Übereinkommen zur Abschaffung von geschlechtsspezifischer Gewalt, wie es derzeit im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO diskutiert wird, dringend notwendig. „Wir brauchen diese Konvention, um Arbeitgeber und Regierungen zu zwingen, auf ein Ende der Gendergewalt am Arbeitsplatz hinzuarbeiten“, erklärt Ribeiro, die auch Vizepräsidentin der Frauenabteilung bei UNI-Americas ist. Sexuelle Gewalt in der Arbeitswelt sei ein Problem der gesamten Gesellschaft und beeinflusse auch die Produktivität der Unternehmen, argumentiert sie.

Dem jahrelangen Druck der Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass einige Kollektivverträge bereits Maßnahmen gegen Übergriffe am Arbeitsplatz und zur Geschlechtergerechtigkeit enthalten. Der Verband der Gewerkschaften im Finanzsektor, CONTRAF, der zum Gewerkschaftsdachverband CUT gehört, hat mit den Arbeitgebern eine nationale Vereinbarung unterschrieben, die Gesundheitsaspekte, Arbeitsbedingungen und Genderfragen enthält. Auch vorbeugende Maßnahmen gegen physische, psychologische sowie verbale Gewalt gegen Arbeiter\_innen und Angestellte gehören dazu. Jetzt versuchen die Mitgliedsgewerkschaften, das Abkommen auf lokaler Ebene mit den jeweiligen Banken in spezifische Richtlinien zu übersetzen.

So richtig voran kommen die Arbeitsgruppen bislang allerdings nicht: So verlangen die Gewerkschaften, dass Opfer von sexuellen Übergriffen während des Verfahrens eine Arbeitsplatzgarantie erhalten. Bislang weigern sich die Chefetagen, solch konkrete Maßnahmen überhaupt zu diskutieren. Die Gewerkschafter\_innen interpretieren das so, dass die Banken sexuelle Gewalt nicht als spezielles Problem der Arbeitsbedingungen anerkennen. Locker lassen wollen sie aber nicht. Jetzt erst recht nicht.

Andreas Behn

 Der Autor ist Journalist und lebt in Rio de Janeiro.

**CAMPANHA 16 DIAS DE ATIVISMO PELO FIM DA VIOLÊNCIA CONTRA A MULHER**



## Jede Beschwerde in sechzig Tagen bearbeitet

### In Pakistan hilft eine Ombudsfrau gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

In der Abfüllfabrik von Coca Cola im ostpakistanischen Lahore wird eine Mitarbeiterin zwei Monate lang von einem Kollegen immer wieder verbal und mit Textnachrichten bedrängt. Schließlich bittet sie die Personalabteilung um Hilfe. Die beteiligt an ihrer Untersuchung auch den Chef der Betriebsgewerkschaft. Es stellt sich heraus, dass der Beschuldigte weitere 18 Kolleginnen belästigt hat. Die hatten sich nur nicht zu beschweren getraut. Er wird entlassen.

Es ist ein Beispiel, das die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dokumentiert hat. Im patriarchalen Pakistan sind die sexuelle Gewalt gegen und die Belästigung von Frauen weit verbreitet. Zwischen beiden Formen gibt es fließende Übergänge. Gemein ist ihnen ein diskriminierendes Bild von Frauen. Das degradiert sie zum Objekt für Männer. Die Nachrichtenagentur Reuters nannte die Islamische Republik Pakistan einmal das drittgefährlichste Land für Frauen – nach Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo.

Diese wird von der Justiz jedoch häufig nicht geahndet. Laut einer UN-Studie erfährt die Hälfte der verheirateten Frauen häusliche Gewalt. Es gibt rund 500 sogenannter Ehrenmorde pro Jahr. Nicht ungewöhnlich sind auch Säureattentate auf Frauen, wenn sie etwa die Avancen eines aufdringlichen Mannes zurückweisen.

Der mangelnde Respekt gegenüber Frauen und die Geringschätzung ihrer Rechte macht vor der Arbeitswelt nicht halt. Verschärft wird dies durch Pakistans überwiegend informelle Arbeitsbeziehungen. Im teilweise noch feudalen Agrarsektor gibt es sogar noch Fälle von Schuldknechtschaft. Pakistans Gewerkschaften sind nach mehreren Militärdiktaturen heute sehr schwach, ihr Organisationsgrad wird auf insgesamt nur drei Prozent geschätzt, im formellen Sektor auf etwa 20 Prozent.

Pakistans lautstarke Islamisten wie auch Vertreter\_innen ethnischer Stämme propagieren ein archaisches Frauenbild. So werden etwa mit der Übergabe von Töchtern dörfliche Konflikte geregelt, auch wenn dies gesetzeswidrig ist. Die Gesellschaft kennt aber auch moderne Bereiche, in denen Frauen selbstbewusst auftreten und sich nicht den sexuellen Phantasien ihrer Kollegen aussetzen wollen.

*Noch immer werden in Pakistan mit der Übergabe von Töchtern dörfliche Konflikte geregelt, auch wenn dies gesetzeswidrig ist.*

Nach mehr als zehn Jahren intensiven Lobbyings von Frauengruppen und NGOs hat das Parlament im Jahr 2010 sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe gestellt. Es drohen bis drei Jahre Gefängnis und/oder Geldbuße bis 500.000 Rupien (ca. 3.500 Euro). Das Gesetz schreibt privaten wie öffentlichen Firmen die Einrichtung eines dreiköpfigen Untersuchungskomitees vor, um Fälle sexueller Belästigung zu ahnden. Mindestens eine Person muss weiblich sein, eine andere vom Management und eine weitere aus der Arbeitnehmer\_innenschaft stammen. Firmen sollen einen „Code of Conduct“ gegen sexuelle Belästigung verabschieden und im Betrieb aushängen.

Auch beschloss das Parlament die Einrichtung einer nationalen Beschwerdestelle. Diese „Ombudsperson für den Schutz gegen Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz“ wird vom Staatspräsidenten für vier Jahre ernannt. Darüber hinaus soll es vergleichbare Ombudspersonen in den Provinzen geben. Die Gesetze wurden gegen den Widerstand islamistischer Parteien durchgesetzt. Die sahen die Religion gefährdet, warnten vor einer „Verwestlichung“ und blockieren bis heute, wo sie können. So gab es in den beiden konservativsten Provinzen Belutschistan und Khyber-Pakhtunkwa bis Ende 2017 keine regionalen Ombudspersonen.

*Islamistische Parteien sahen die Religion gefährdet, warnten vor einer „Verwestlichung“ und blockieren bis heute.*

Seit dem 27. Februar 2018 ist die Anwältin Kashmala Tariq neue nationale Ombudsfrau. Sie ist eine frühere Abgeordnete der regierenden konservativen Muslim-Liga und hat in Großbritannien Jura studiert. Zum Amtsantritt versprach sie, eingereichte Beschwerden innerhalb von sechzig Tagen zu bearbeiten. Die Webseite ihres Amtes wirbt mit dem Spruch „Sexuelle Belästigungen sind kein Teil des Jobs“.




Quelle: © Sven Hansen

Noch immer werden mit der Übergabe von Töchtern dörfliche Konflikte geregelt, doch kennt die pakistanische Gesellschaft auch Bereiche, in denen Frauen selbstbewusst auftreten – Werbeplakat in Karachi, der größten Stadt Pakistans

Laut Tariq sind seit 2010 dort 515 Beschwerden eingegangen. Die Zahl hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Das muss keine Zunahme der Fälle sexueller Belästigung bedeuten, sondern kann auch Zeichen dafür sein, dass die Ombudsperson bekannter geworden ist und sich mehr Frauen zu beschweren trauen. Die meisten Beschwerden kommen von Frauen aus der Ober- und Mittelschicht, viele auch von Mitarbeiterinnen von Behörden und staatlichen Einrichtungen. Frauen aus Dörfern nutzen die Beschwerdestelle kaum. Zahlen über Erfolge oder Misserfolge der Beschwerden gibt es bisher nicht.

Sven Hansen

 Der Journalist ist Asienspezialist und bereist den Kontinent regelmäßig.



Angriff auf Körper und Seele – Überlebende eines Säureanschlags

Im Jahr 2009 schätzte Human Rights Watch, dass 70 bis 90 Prozent aller pakistanischen Frauen unter Missbrauch leiden. In dem Land mit 210 Millionen Einwohnern würden pro Jahr 5.000 Frauen durch häusliche Gewalt getötet.



## „Frauen knien nieder und preisen den Präsidenten“

**In Uganda kritisiert eine führende Feministin nicht die Patriarchen, sondern Frauen in mächtigen Positionen. Sie hätten sich etwa nicht gewehrt gegen die Haltung Frauen sollten nicht provozieren. So hätten Konservative ein Gesetz gegen den Minirock durchgebracht.**



Foto: © Simone Schindwein

Trotz vieler Frauen im Parlament sei das Patriarchat noch voll ausgeprägt, meint Jura-Professorin Tamale

Es war ein Foto in der Klatschpresse, welches das ganze Ausmaß sexueller Belästigung in Uganda auf einen Blick sichtbar machte: Am Grab des verstorbenen, 69-jährigen Universitätsdekanus Lawrence Mukibi reihten sich knapp hundert Kinder, gezeugt mit seinen Studentinnen. Die Trauernden waren geschockt. Offenbar gab es gute Noten für Sex.

Seitdem wird das Thema sexuelle Ausbeutung allerorten debattiert. Das Land in Ostafrika galt in Sachen Frauen-Power lange Zeit als Vorreiter in Afrika. Als Präsident Yoweri Museveni 1986 mit seiner „Nationalen Widerstandsbewegung“ (NRM) das Land eroberte, kämpften darin zahlreiche Frauen. Die NRM wollte nicht nur das Land von den Diktatoren befreien, sondern auch die Frauen vom Patriarchat. In der Verfassung von 1995 wurden Frauenquoten für das Parlament festgeschrieben. Auch die Parlamentssprecherin ist eine Frau, immerhin die dritt wichtigste Position im Staat.

Doch die Praxis sieht anders aus. Allein 2017 wurden über 20 Frauenleichen gefunden, alle verstümmelt. Bis heute ist kein Täter gefasst. Polizeichef Kale Kahiyura unterstellte, sie seien Prostituierte gewesen. Da schwang der Vorwurf mit, die Opfer seien schuld. Die Morde sind das eine, die strukturelle Diskriminierung ist das andere. Durchschnittlich sterben 16 Frauen pro Tag während der Geburt. Rund 30 Prozent von Frauen zwischen 15 und 50 Jahren erleben

häusliche Gewalt. Eine Umfrage in knapp 3.000 Organisationen – von der Gewerkschaft bis hin zur Kirche – kam 2014 zum Schluss: 90 Prozent der Frauen erfahren sexuelle Belästigung im Alltag. Einige Gewerkschaften machten dagegen mobil, doch ihr Einfluss ist gering. Uganda ist ein Agrarstaat, hat nur wenig Arbeiter\_innen.

Jetzt gehen aber Frauenrechtlerinnen auf die Barrikaden. Sylvia Tamale ist Jura-Professorin und erste Dekanin der Staatsuniversität Makerere. Sie gilt als eine der führenden Feministinnen des Kontinents. Ihre Kritik zielt nicht in erster Linie gegen die Patriarchen, sondern gegen die Frauen in mächtigen Positionen. „Jetzt haben wir schon 30 Prozent Frauen im Parlament und sie knien alle nieder und preisen den Präsidenten“, schimpft sie. Gesetze, die hingegen die Frauenrechte stärken, verstauben in den Schubladen.

Ein Beispiel ist das Ehegesetz, das Ehefrauen endlich ihre von der Verfassung gegebenen Rechte garantieren soll. Verfasst im Jahr 2006 schaffte es der Entwurf nicht einmal in die zweite Lesung. Erst 2010 kam er dann erneut auf den Tisch. Damals schickte Ugandas mächtigste Frau in der Politik, Parlamentssprecherin Rebecca Kadaga, die Abgeordneten nach Hause in ihre Wahlbezirke, um bei den Wählern für das Gesetz und den besseren Schutz von Frauen, zu werben. Doch in den meisten Dörfern haben Männer den Vorsitz oder stehen den traditionellen Clans vor, sie schmetterten den Entwurf ab. So geschah nichts.



Foto: © Simone Schindwein

Die Frau wird als Gut definiert, das der Familie des Mannes gehört – Übergabe des Brautpreises

Die Frau wird in Uganda traditionell als Gut definiert, das – ist der Brautpreis einmal bezahlt – der Familie des Mannes gehört, die Kinder inklusive. Stirbt der Mann, gehen Frau und Kinder in den Besitz des Bruders des Mannes über. Will die Witwe nicht die Zweitfrau des Bruders werden, muss sie davonlaufen, ohne Kinder, ohne finanzielle Mittel. Will sie sich scheiden lassen, steht sie ebenso mittellos da.

Genau dies soll das Ehegesetz ändern. Mit ihm soll nicht mehr vom Brautpreis die Rede sein, sondern von einem „Heiratsgeschenk“, das keine Besitzverhältnisse schafft. 2007 war eine Frauenrechtsorganisation vor Gericht gezogen. Damals hatte dies den Brautpreis bereits für verfassungswidrig erklärt und eine Gesetzesreform empfohlen. Kadaga versucht es jetzt erneut, wirbt dafür das Gesetz in dieser Legislaturperiode endlich zu verabschieden.

Hingegen hat Ugandas erzkatholischer Ethikminister, Simon Lokodo, jüngst Gesetze durchs Parlament gebracht, die besonders frauenfeindlich sind. So müssen nun Frauen Röcke bis „mindestens bis übers Knie“ tragen. Auch Kleidervorschriften für Staatsbedienstete und Studentinnen wurden erlassen. Sandalen, hochhackige Schuhe, aufreizende Ausschnitte sind verboten – nach einem „Frauen sollen weniger provozieren“-Motto.

*Sittengesetz empört: Frauen müssen Röcke tragen, die über das Knie reichen, weil sie sonst in der Gesellschaft „Sex stimulieren“.*

Keine der weiblichen Abgeordneten im Parlament habe dagegen gekämpft, kritisiert Frauenrechtlerin Tamale: „Eine Schande.“ Trotz der außerordentlich vielen Frauen in der Politik sei das Patriarchat nach wie vor voll ausgeprägt, meint sie und sagt: „Wir stecken in einer Krise.“ Wie tief die Krise ist, zeigte sich nur wenige Tage nach der Beerdigung von Universitätsdekan Mukibi. Tamales Mitstreiterin, die Sexualwissenschaftlerin Stella Nyanzi, streckte bei Protesten gegen das Minirock-Gesetz an der Universität ihre nackten Brüste in die Kameras. Sie wurde verhaftet und wegen Unzurechnungsfähigkeit und Beleidigung des Staates angeklagt.

Simone Schindwein



Die Autorin ist Afrika-Korrespondentin der taz. Sie arbeitet in der Region der Großen Seen und bereist von Uganda aus regelmäßig den Kongo, Ruanda, Burundi und die Zentralafrikanische Republik.





# „Ich bin so froh, dass wir noch dabei sind“

**Niklaas Hofmann ging vor fünf Jahren für das DGB Bildungswerk BUND nach São Paulo, um die internationale Gewerkschaftskooperation mitanzukurbeln. Damals herrschte in Lateinamerika eine links emanzipatorische Aufbruchstimmung. Davon ist nicht viel geblieben. Trotzdem bleibt er optimistisch.**

*Nord|Süd news: Niklaas, würdest du heute auch ein Regionalbüro in Lateinamerika aufbauen wollen, wenn man dich fragen würde?*

**Niklaas Hofmann:** Jetzt erst recht, wo ich weiß, wie es geht.

*Du hast knapp fünf Jahre dort gearbeitet. Was ist deine Bilanz?*

Ohne es verkünden zu wollen, finde ich, dass wir unglaublich viel geschafft haben. Man fragt sich ja nicht nur persönlich vorher: Kann ich das? Man muss auch herausfinden, wie die Zusammenarbeit gestaltet werden kann. Wir verstehen uns ja nicht als Financiers, sondern fördern gewerkschaftliche Bildung und Beratung. Ich bin überzeugt, dass es ohne die internationale Kooperation heute etwa in Kolumbien keine solche Gewerkschaftsarbeit mehr geben würde – auch wenn die Gewalt gegen Gewerkschafter\_innen und andere Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft wieder zugenommen hat.

*Die politischen Rahmenbedingungen vor allem in Brasilien haben sich in deiner Zeit dort dramatisch verändert.*

Ich habe in einer Zeit angefangen, wo Zivilgesellschaft und Gewerkschaften von der Regierung als Gesprächspartner geschätzt wurden und Politik mitgestalten konnten. Damals dachten wir, wir könnten eine Art Dreieckskooperation aufbauen mit dem Gewerkschaftsdachverband CUT als einem starken Partner, der andere lateinamerikanische Gewerkschaften unterstützt. Das DGB Bildungswerk BUND hätte sich dann perspektivisch aus der Zusammenarbeit zurückziehen können. Heute bin ich froh, dass wir das nicht getan haben und den Kolleg\_innen vor Ort in der jetzigen schwierigen politischen Situation zur Seite stehen können.

*Was ist aktuell das größte Problem?*

Die gesamte Zivilgesellschaft kämpft darum, die wenigen Zugänge überhaupt aufrechtzuerhalten, die sie noch zu Mitwirkungsgremien hat, nachdem man die Arbeiterpartei PT rausgekegelt hat. Dazu kommt, dass die Art und Weise, wie die Regierung Temer an die Macht gekommen ist, das Vertrauen in die Demokratie geschwächt hat. Und jetzt muss man sich nur ansehen, wie diese Regierung überall die Axt anlegt.

*Hast du eine Idee, wie es dazu kommen konnte?*

In der brasilianischen Elite herrscht immer noch die Auffassung vor, dass es Diener und Bediente, Herrschende und Beherrschte geben muss. Ich habe wirklich Zweifel, dass der Grundkonsens, dass alle Menschen gleich sind, in Brasilien besteht.



Foto: Mírcia NINJA/flickr, CC BY-SA 2.0

„Temer Inakzeptabel“ – Proteste gegen den wegen Korruption angeklagten Staatschef und dessen rückschrittliche Politik

*Wie zeigt sich das?*

Der oberste Arbeitsrichter sagt zum Beispiel, dass jemand, der den Mindestlohn bezieht, bei Mobbing oder sexueller Belästigung am Arbeitsplatz nicht die gleiche Entschädigung bekommen kann, wie jemand, der 10.000 Euro im Monat verdient. Sonst wäre es für den Armen wie ein Sechser im Lotto, wenn er eine solche Klage gewinnt. Oder bei den Korruptionsprozessen: Die vorige Präsidentin Rousseff wurde ohne starke Argumente ihres Amtes enthoben, gegen ihren Vorgänger Lula laufen verschiedenste Prozesse. Der aktuelle Präsident Temer ist ebenfalls der Korruption verdächtig, aber dieses Verfahren kommt gar nicht voran. Da muss man sich stark anstrengen, um nicht zu glauben, dass die Ermittlungen eine Schlagseite haben.

*Was bedeutet dieses Klima für die Gewerkschaften?*

Die Gewerkschaften sind auch gespalten. Die CUT steht klar zu dem politischen Projekt der Demokratisierung der sozialen Teilhabe, das von der PT angeführt wurde und das immer auch ihr Projekt war. Es gibt aber auch die Dachverbände Força Sindical oder die UGT, die ein ambivalentes Verhältnis zur jetzigen Regierung haben und sich gut mit ihr stellen wollen.

*Ist denn für die Gewerkschaften irgendetwas bei der Regierung zu holen?*

Vielleicht hoffen manche auf Hinterzimmerdeals. Aber die Arbeitsrechtsreform greift so stark in die bisherige Finanzierung der Gewerkschaften ein, dass ich nicht glaube, dass ausgerechnet die mit der schwächeren Mitgliederbasis besser davonkommen können. Aber auch bei der CUT, die mehr als 7 Millionen Menschen vertritt, ist längst ein massiver Stellenabbau im Gange. Sie wird jedoch nicht verschwinden und auch ihre Kampffähigkeit nicht verlieren.

*Was kann das Regionalbüro tun?*

Wir stellen in Deutschland Aufmerksamkeit für die Situation her, bringen deutsche Kolleg\_innen mit brasilianischen in Kontakt und setzen die Zusammenarbeit für die nächsten drei Jahre fort. Außerdem haben wir mit der CUT ein Projekt gestartet, mit dem ihre Jugendorganisation gestärkt werden soll. Das soll helfen, junge Mitglieder zu gewinnen. Und dazu muss sie ihre Strukturen verändern. Etwa indem sie jungen Mitgliedern einen Raum gibt, in dem sie selbst über ihre Politik diskutieren und entscheiden können – wie etwa bei uns in der DGB Jugend.

*Du kommst jetzt zurück. Wie ist dein Blick auf Deutschland?*

Auch hier hat sich viel verändert, die politische Auseinandersetzung hat sich verschärft. Ich bin davon überzeugt, dass die Engagiertesten gewinnen werden. Also müssen wir den Kampf führen, inhaltlich sachlich, aber mit der klaren Linie, dass Rechtspopulismus und Entsolidarisierung keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Interview: Beate Willms


 Niklaas Hofmann, 37, leitet das Regionalbüro des DGB Bildungswerk BUND in Brasilien seit 2014. Bald beginnt er, seinen Nachfolger einzuarbeiten, denn im Sommer kommt er zurück nach Deutschland.



Foto: © Helmut Roos



In Kürze

## Armut trotz Arbeit

Arbeiten und trotzdem arm sein, das ist die tägliche Realität vieler Erwerbstätiger, insbesondere, aber nicht nur, in den Ländern des globalen Südens. Eine Sonderauswertung des neuen ILO-Reports Trends 2018 zeigt: Fortschritte gibt es nur langsam. Für 2018 erwarten die Expert\_innen, dass 40 Prozent der weltweit Erwerbstätigen, 114 Millionen Menschen, trotz Arbeit in extremer Armut leben.



Mehr Infos: [www.ilo.org/global/about-the-ilo/news-room/news/WCMS\\_617406/lang--de/index.htm](http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/news-room/news/WCMS_617406/lang--de/index.htm);  
[www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS\\_615879/lang--de/index.htm](http://www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS_615879/lang--de/index.htm)



Foto: © ILO

Menschen in Ländern des globalen Südens haben oft keine andere Wahl als in der informellen Wirtschaft zu arbeiten

## Masterstipendium für Gewerkschafter\_innen

„Labour Policy and Globalisation“ in einem Jahr auf Master studieren? Geht jetzt mit Stipendium – im südafrikanischen Johannesburg und in Kassel. Beginn ist immer das Wintersemester an der Universität Kassel, zum Sommersemester geht es dann an die University of the Witwatersrand.

Fotos: © Uni Kassel, Sahnmallo, CC BY-SA 3.0



Doppelabschluss-Studienprogramm in Kassel und Johannesburg

Der Studiengang widmet sich den Herausforderungen der ökonomischen und politischen Globalisierung und fragt nach gewerkschaftlichen Gestaltungsstrategien. Er vermittelt Wissen zu nachhaltiger Entwicklung, sozialer

Gerechtigkeit, internationalen Arbeitsstandards, Gewerkschaften, Wirtschaftspolitik und globalen Institutionen. Die Bewerbungsfrist zum Wintersemester endet am 1. September an der Universität Kassel und am 15. Mai bei uni-assist.



[www.global-labour-university.org/408.html](http://www.global-labour-university.org/408.html)  
Kontakt: [glu.germany@uni-kassel.de](mailto:glu.germany@uni-kassel.de);  
[glu.southafrica\(at\)wits.ac.za](mailto:glu.southafrica(at)wits.ac.za)

## #itsourtime

Mit dem Hashtag #itsourtime hat der Kampf für ein neues ILO-Übereinkommen gegen Gewalt in der Arbeitswelt und gegen sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Männer auch in die Sozialen Medien gefunden. Hier gibt es immer die neuesten Infos.



Mehr Infos: [www.ituc-csi.org/23days](http://www.ituc-csi.org/23days);  
<https://twitter.com/search?q=%23itsourtime%20ITUC&src=typd&lang=de&lang=de>



Foto: © ITUC

ITUC-Kampagne „23 days“

## Filmtipp: Eldorado

Als Markus Imhoof, geboren 1941, ein Junge war, nahmen seine Eltern das italienische Flüchtlingskind Giovanna bei sich in der Schweiz auf. Doch die Politik riss die Kinderfreundschaft auseinander. Die Erinnerungen daran veranlassen den Regisseur, sich mit der aktuellen europäischen Flüchtlingspolitik zu beschäftigen. Ein italienisches Marineschiff vor der libyschen Küste nimmt 1.800 Bootsflüchtlinge an Bord.



Filmposter: © Majestic Filmverleih GmbH

Von dort geht es in ein Flüchtlingslager. Wer dort rauskommt, kann meist nur schwarz arbeiten. Frauen müssen sich prostituieren, Männer auf Tomatenplantagen schuften, deren Ernte in afrikanische Länder exportiert wird, wo sie billiger ist als die heimische Ware – eine direkte Fluchtursache.

Filmstart: Am 26. April 2018



Mehr Infos: [www.eldoradoderfilm.de](http://www.eldoradoderfilm.de)

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: André Edelhoff  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord|Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-329  
Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)

[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

**BMZ**

Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



Hier erfährst du, was Bildungsurlaub ist:  
[www.dgb-bestellservice.de/besys\\_dgb/pdf/Bildungsurlaub/Broschuere\\_Bildungsurlaub.pdf](http://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/Bildungsurlaub/Broschuere_Bildungsurlaub.pdf)



BILDUNGSURLAUB

## Wem gehört das Wissen? Wie Bildung zur Ware wird

Bildung ist ein Menschenrecht und eines der international vereinbarten Entwicklungsziele. Doch die wachsende Kommerzialisierung und Privatisierung von Bildung sind eine ernsthafte Gefahr des Rechts auf Bildung für alle. Weltweit wehren sich Beschäftigte des öffentlichen Diensts und in Bildungseinrichtungen dagegen. In diesem Seminar nehmen wir die Schulbildung, aber auch die wissenschaftliche und informelle Bildung unter die Lupe: Wem gehört das global produzierte Wissen? Wird Wissen zunehmend privatisiert und nur einer kleinen reichen Bildungselite zugänglich gemacht? Welche Auswirkungen hat dies eigentlich für die Demokratie? Was bedeutete dies für Gute Arbeit weltweit?



Foto: Albert González Farrán – UNAMID/flickr, CC BY-NC-ND 2.0.

**Veranstaltung**  
 im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen  
 Beginn: 24.06.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 29.06.2018, 12:15 Uhr  
**Hinweis**  
 Kostenbeteiligung: 150,- €

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**Weitere Details**  
[www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463255](http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463255)

BILDUNGSURLAUB

## Freihandel über alles – Unterwandert der globale Poker um Profite der Demokratie?

Auch wenn die TTIP-Verhandlungen zunächst ausgesetzt wurden – schon jetzt sind weitere Freihandelsabkommen still und leise in Verhandlung: von EPAs, über TPP bis hin zum Dienstleistungsabkommen TISA. Die Kritik ist vielfältig: Nicht demokratisch legitimierte Schiedsgerichtshöfe für multinationale Unternehmen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unterwanderung von Arbeitnehmendenrechten – Werden unsere demokratischen Rechte ausgehebelt? Wir erarbeiten uns in diesem Seminar Inhalte und Folgen von internationalen Freihandelsabkommen und betrachten dabei u. a. die Auswirkungen auf demokratische Rechte in den Ländern des globalen Südens und bei uns.



Foto: Michaela/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

**Veranstaltung**  
 im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen  
 Beginn: 18.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 23.11.2018, 12:15 Uhr  
**Hinweis**  
 Kostenbeteiligung: 150,- €

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**Weitere Details**  
[www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463258](http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463258)

BILDUNGSURLAUB

## Die Grenzen des Wachstums sind erreicht! Wie könnte eine alternative Wirtschaft aussehen?

Was bedeutet eigentlich Nachhaltigkeit? Wie soll ich den Verlauf der Wirtschaft beeinflussen können? Wenn ökologische Ressourcen endlich sind, wie könnte es denn danach weitergehen? Gibt es Alternativen zu Wohlstand durch Wachstum? Die derzeitige Wirtschafts-ideologie (oder -ordnung) stößt immer sichtbarer an ihre Grenzen. Dieses Seminar lädt dazu ein, sich darüber Gedanken zu machen, was Nachhaltigkeit sein kann. Sowohl ökologische, als auch soziale Konsequenzen einer Konsum – und Leistungsorientierung werden spürbar. Sie belasten unsere Umwelt und die physische und psychische Gesundheit der Menschen.



Foto: © Ikhaita/Shutterstock

**Veranstaltung**  
 im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen  
 Beginn: 04.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 09.11.2018, 12:15 Uhr  
**Hinweis**  
 Kostenbeteiligung: 160,- €

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**Weitere Details**  
[www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463240](http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463240)

BILDUNGSURLAUB

## Der Griff nach der Nahrung – Interessen der Märkte contra Menschenrecht auf Nahrung?

Der Zahl der hungernden Menschen weltweit nimmt wieder zu. Die Ursachen dafür werden meistens sehr verkürzt wiedergegeben. In diesem Seminar versuchen wir Zusammenhänge zu verstehen: Was haben aktuelle Marktentwicklungen mit Lebensmittelskandalen und Mangelernährung weltweit zu tun? Welche Gemeinsamkeiten gibt es in den Entwicklungen in Europa und im globalen Süden? Ist Hunger ein Problem der Verteilung? Wem gehören Land, Wasser und Saatgut und wer ernährt die Menschheit eigentlich? Ebenso werden wir kennenlernen, welche Alternativen weltweit entwickelt werden. Eine Exkursion gibt uns einen Einblick, wie ökologische und solidarische Landwirtschaft aussehen kann.



Foto: FMSC/flickr, CC BY-ND 2.0

**Veranstaltung**  
 im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen  
 Beginn: 18.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 23.11.2018, 12:15 Uhr  
**Hinweise**  
 Kostenbeteiligung: 150,- €  
 Exkursion inklusive

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**Weitere Details**  
[www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463241](http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/318463241)

Die nächsten Bildungsurlaube

Entwicklungspolitische Seminarangebote



2017

## Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums

Es ist eine der großen Fragen unserer Zeit, vielleicht die drängendste: Wie können wir unsere Wirtschaft so gestalten, dass wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen eine global sozial gerechte Gesellschaft ermöglichen? Und wie erreichen wir den dafür notwendigen großen Wandel, der das Wohlergehen der Menschen und des Planeten auf dem wir leben in den Mittelpunkt stellt statt das Wachstum um jeden Preis?

Nur allzu oft werden in der Diskussion ökologisches, faires Wirtschaften und Standortpolitik samt Arbeitsplätzen gegeneinander ausgespielt. Welche Vision haben wir als Gewerkschaften für eine Wirtschaft, die Wachstum nicht über alles stellt? Im Fokus der Broschüre stehen die vielfältigen Formen würdiger Arbeit und die Notwendigkeit einer Demokratisierung und internationaler Solidarität angesichts der aktuellen globalen Entwicklung mit ihren wachsenden Machtungleichgewichten.



Broschüre DIN A4, 68 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2015/2016

## Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2016

## Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben heute global mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit. Das heißt, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte mehr Menschen betroffen sind als insgesamt während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. In Deutschland findet sie vor allem in Form von Arbeitsausbeutung und Zwangsprostitution statt. Das fordert uns Gewerkschaften heraus.



Broschüre DIN A4, 76 (78) Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern (78 S.)
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2014

## Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download